

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	12
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	29.04.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Frau Wagner (Tour Konzept eG)		
Protokollführung:	Herr Haupt / th		
Betreff:	Freizeitkonzept Wald - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Am Vortag der Sitzung wurde seitens der Fachverwaltung zu diesem Thema ein über 360 Seiten umfassender Bildband versandt. Ein Exemplar dieses Bandes ist dem Pro- tokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Frau Wagner berichtet im Sinne der angehängten Präsentation. Sie ergänzt hinsichtlich der auf Folie 27 aufgeführten voraussichtlichen Kosten in Höhe von 184.000 Euro, die- se verteilen sich über mehrere Jahre. Dies gelte ebenso für die auf Folie 28 dargestell- ten voraussichtlichen Kosten in Höhe von 522.000 Euro.

In Bezug auf den von Frau Wagner erwähnten Begriff "Waldknigge" betont BM Thürnau, es werde in der LHS ein gemeinsames Verständnis hinsichtlich des Verhal- tens im Wald benötigt. Dies sei unabhängig davon, ob ein Besucher*in beispielsweise mit dem Fahrrad oder als Jogger unterwegs sei. Um dieses Verständnis zu erreichen, sei ein dauerhafter Prozess der Kommunikation nötig.

StRin Munk (90/GRÜNE) betont, in Hinblick auf das Freizeitkonzept Wald sei ein breiter Strauß an Planungsvorschlägen erarbeitet worden. Die hohe Beteiligung der Nutzer- gruppen an dem Prozess sei positiv zu bewerten, wofür die Stadträtin ihren Dank aus- spricht. In einigen Fällen sei es schwierig gewesen, das gegenseitige Verständnis zu

entwickeln. Die Arbeit sei trotz des vorliegenden Konzepts noch nicht beendet, sondern beginne erst jetzt: Nach der Erarbeitung der Vorschläge sei nun deren Umsetzung vorgesehen. Hinsichtlich des Themas "Kümmerer*in" werde eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter benötigt, der eingearbeitet werden müsse, um das Konzept zukünftig weiterzutragen. Sie sei dankbar für die Klarstellung, dass auch Probleme bestünden. Im Bereich der Handlungsempfehlungen seien die aufgezeigte Fragmentierung und Defragmentierung sehr positiv. Hierbei würden parallel verlaufende Wege aufgegriffen und gebündelt, um einen besseren Flächenschutz zu erreichen. Diese Clusterbildung mit einer Attraktivitätssteigerung der Stadt und der Einbindung des ÖPNV sei ein sehr begrüßenswerter Ansatz. Sie sei über die Klarheit erstaunt, in der die Notwendigkeit einer Beschilderung und Wegweisung im Wald beschrieben worden sei. In Bezug auf das Selbstverständnis der "Shared Trails" müsse das gemeinsame Grundverständnis gestärkt werden. Beim Aspekt "Mountainbiking" stoße man an Grenzen: Die Stadträtin äußert die Bitte, die schriftliche Antwort auf das von Frau Wagner erwähnte Schreiben der Stadt an das Umweltministerium zu erhalten. Sie hoffe nicht, dass hierbei ein "Schwarzer-Peter-Spiel" entstehe. Dieses würde dem Sinn der über ein Jahr langen geleisteten Arbeit widersprechen. Vielmehr solle ein Konzept über die zukünftige gemeinsame Zusammenarbeit entwickelt und eine Verstetigung des Projekts erreicht werden. Dabei sollten die Teilnehmer der bisherigen Arbeitsgruppen weiter miteingebunden werden. Ihre Fraktion wolle hinsichtlich der hierzu nötigen finanziellen Mittel und der Personalstellen ihren Beitrag leisten.

Das Land habe in einem Leitfaden seine Vorstellungen über den Aspekt des Mountainbikings im Wald beschrieben, so BM Thürnaeu. Dieser Leitfaden sei allerdings relativ unkonkret formuliert. Auf der Grundlage und der Diskussion mit der städtischen unteren Naturschutzbehörde habe die Verwaltung das Umweltministerium hierzu angeschrieben und entsprechende Fragen gestellt. Daraufhin habe das Ministerium "den Ball zurückgespielt" und ausgeführt, diese Aspekte müssten auf der unteren Ebene mit der unteren Naturschutzbehörde gelöst werden. Dies sei für ihn nachvollziehbar, so der Bürgermeister. Das Schreiben könne den Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung gestellt werden. Er kündigt an, das Thema "Konfliktsituation Mountainbike" (Legalisierung, Kanalisierung, Naturschutzbelange usw.) in einer der nächsten Sitzungen des AKU aufzurufen. Somit könne die Problemlage detaillierter beschrieben werden, damit Gemeinderat und Verwaltung eine Haltung entwickeln könnten, wie mit dem Thema zukünftig umgegangen werden solle.

StR Currle (CDU) betont, es habe einen langwierigen und schwierigen Prozess dargestellt, das Freizeitkonzept Wald zu entwickeln. Dieses Konzept sei nun jedoch weitgehend gut gelungen. Auf Stuttgarter Gemarkung befänden sich rund 5.000 Hektar städtische und staatliche Waldfläche sowie zahlreiche Naturschutzgebiete. Gleichzeitig bestehe mit über 600.000 Einwohnern*innen eine sehr große Bevölkerung in der LHS. Daher entstünden im Wald gewisse Druckprobleme, die sich aufgrund der Coronapandemie verstärkt hätten, da die Bürger*innen in die Wälder geströmt seien. Es handle sich dabei um verschiedene Gruppen wie Wanderer, Radfahrer, Reiter sowie verstärkt in den letzten Jahren um Mountainbiker. Es gelte nun, diese Besucherströme auf kombinierten und speziellen Wegen zu lenken. Im Forum sei dabei über spezielle Mountainbiketrails sowie kombinierte Wege diskutiert worden. Sehr positiv sei der in der Präsentation dargestellte Slogan "Nimm Rücksicht" zu bewerten. Aufgrund dieser Hinweise an dem Beginn der Waldwege würden die Besucher darauf hingewiesen, der Wald gehöre ihnen nicht allein, sondern stelle ein Gesamtgut dar, welches gesamtheitlich gepflegt werden müsse. Das Freizeitkonzept besitze eine positive Bedeutung und es sei

zu hoffen, dass es von der breiten Mehrheit der Bevölkerung angenommen werde. Allerdings seien Kontrollen im Wald unumgänglich, da bereits einzelne Verstöße im Keim angegangen werden müssten. Nicht nur in Stuttgart bestünden Probleme mit legalen und illegalen Mountainbikestrecken, sondern ebenso in den Nachbargemeinden. Es könne nicht angehen, dass Mountainbiker von Esslingen oder dem Remstal in die LHS fahren würden, und dort sei der Wald für sie gesperrt. Daher müsse mit den Nachbarkommunen kommuniziert werden, um ein Gesamtkonzept erstellen zu können. Der Stadtrat schlägt vor, das zu dem Freizeitkonzept Wald nach einem Jahr einen Runden Tisch mit einer Bestandaufnahme durchzuführen.

Es stelle einen großen Aufwand dar, so StRin Schanbacher (SPD), die zahlreichen Wegschilder im Wald auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Die im Wald bestehenden Konflikte seien in der Präsentation sehr gut dargestellt worden: Auf der einen Seite stelle der Wald den größten Klimaschützer in der Stadt dar, auf der anderen Seite einen Erholungsort für zahlreiche Menschen. Dies betreffe insbesondere die Teile der Bevölkerung, die über keinen eigenen Balkon verfügten und auf den Wald als Ruhe- und Erholungsort angewiesen seien. Obwohl der Prozess zur Erarbeitung des Konzepts mühselig gewesen sei, sei er wichtig gewesen, um einen Interessensausgleich zu ermöglichen. Erste Direktmaßnahmen seien gerade in Pandemiezeiten unerlässlich gewesen, um ein Verständnis der verschiedenen Akteurinnen und Akteure, wie beispielsweise zwischen Naturschutz und Mountainbiking oder Naturschutz und Wanderer*innen, aufzubauen. Ebenso sei positiv zu bewerten, dass gemeinsame Informationsstände verschiedener Gruppen präsentiert worden seien. Sowie die Kommunikation nach innen als auch die Kommunikation nach außen, Werbung über den Wald durch beispielsweise Patenschaften zu betreiben, sei bedeutsam gewesen. Bei der Waldnutzung sei die Zusammenarbeit und die Erarbeitung von Regeln gemeinsam mit den Nachbarkommunen sehr wichtig. Auf ihre Frage, ob hinsichtlich der sogenannten Shared Trails Erfahrungen aus anderen Kommunen vorlägen und wie auf die gegenseitige Rücksichtnahme zwischen den unterschiedlichen Nutzergruppen eingewirkt werde, betont Frau Wagner, es lägen entsprechende Erfahrungswerte vor. Bei allen legalen Mountainbikestrecken in Baden-Württemberg handle es sich außer bei den "Bikeparks" um Shared Trails, d.h. Fußgänger*innen dürften ebenso diese Strecken benutzen. Aus rechtlicher Sicht sei es ihrer Auffassung nach nicht möglich und nicht zulässig, den Fußgängerverkehr von Mountainbiketrails auszusperren. In Freiburg bestünden beispielsweise zahlreiche legale Trails. Ebenso treffe dies auf benachbarte Kommunen wie Fellbach zu, wo entsprechende Aufklärungstafeln verwendet worden seien. Frau Wagner schlägt vor, eine Vertreterin oder einen Vertreter von dort zu einer Sitzung einzuladen, um über die Erfahrungswerte zu berichten. Zudem würden in Baiersbronn im Nordschwarzwald zahlreiche gemeinsam benutzte Trails ...

In Bezug auf die von Frau Wagner vorgeschlagene Verschlankung der Akteursbeteiligung stelle sich laut StRin Schanbacher die Frage nach den Gründen hierzu. Die Akteursbeteiligung sei eine Möglichkeit, interne Konflikte abzubauen und bereits vor den Gesprächen im Forum Dinge abzuklären. Frau Wagner betont hierzu, jedem an dem Prozessbeteiligten sei klar, dass die Umsetzung beispielsweise des Schutzes von besonders sensiblen Gebieten eine lange Zeitdauer in Anspruch genommen habe, da über ein halbes Jahr lang keine Einigung mit den Akteurinnen und Akteuren über die Formulierung der Informationstafeln gefunden werden konnte. Dieses solle in der Umsetzungsphase nicht erneut geschehen und daher solle bei der Detailfestlegung auf eine große Personenbeteiligung verzichtet werden.

StRin Schanbacher betont, im Bereich der Handlungsempfehlungen vermisse sie weitere Angebote zur Waldpädagogik wie Erlebnispfade und Waldspielplätze - nicht zuletzt, da in der Präsentation die große Bedeutung des Waldes für junge Menschen, Kinder und Jugendliche dargestellt worden sei. Frau Wagner betont, dieses Thema sei in der Freizeitkonzeption lediglich in dem Umfeld beleuchtet worden, wie es nicht in Berührung zu Schulen und Kindergärten stehe, da es sich nicht auf den Bereich Freizeit beziehe. Daher sei an einer gewissen Stelle festgestellt worden, es könnten zwar zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, aber die weitere Umsetzung erfolge bereits über die Bildungsträger. Allerdings sei es sehr wichtig, bereits die Kinder und Jugendlichen an das Thema Wald heranzuführen und über die Gründe des Vorhandenseins entsprechender Regeln aufzuklären.

Die Erarbeitung des Freizeitkonzepts Wald stelle eine große Herausforderung dar, den Bereichen Natur und Freizeit gerecht zu werden, so StR Gottfried (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Daher sei es positiv zu bewerten, dass derart viele Gruppen hierbei mitgewirkt hätten. Insbesondere hinsichtlich der illegalen Mountainbiketrails sei darauf hingewiesen worden, diese sollten zurückgebaut werden und die Rechtslage in diesem Bereich sei unklar. Nach Auffassung des Stadtrats sollte zumindest den illegalen Trails vorgebeugt werden. Der respektvolle Umgang mit dem Wald stelle nicht zuletzt einen Bildungsaspekt dar, welcher im Konzept aufgeführt sei. Im Rahmen der Waldpädagogik solle bereits den Kindern und Jugendlichen der Respekt vor dem Wald vermittelt werden.

StR Ozasek (PULS) betont, das hervorragende Konzept stelle ein geeignetes Fundament dar, um den sozialen Nutzungsdruck im Wald zu lenken und zu organisieren. Das Bedürfnis, sich in der Natur aufzuhalten und diese zu genießen, solle aufgrund einer Lenkung durch Attraktion und nicht durch Verbot erfolgen. Diesen im Freizeitkonzept beinhalteten Aspekt wolle er ausdrücklich unterstreichen, so der Stadtrat. Die Jugendbefragung sage aus, die Schaffung von punktuellen Aktions-, Sport- und Verweilorten sei ein großes Bedürfnis. Bedauerlicherweise nehme der Oberbürgermeister an der heutigen Sitzung nicht teil, da er hier lernen könne, wie Konflikte zwischen sozialen Nutzergruppen ohne die Aufrüstung zu einem nationalen Polizeistaat beherrscht werden könnten, wie es in der Innenstadt beabsichtigt sei. Der Stadtrat unterstützt das im Konzept aufgeführte Maß der Defragmentierung der Wege, was bereits im Waldbeirat diskutiert worden sei. Hierbei müssten Teile des nachgeordneten Wegenetzes beseitigt werden, u.a. um Prozessschutzflächen auszuweiten und dadurch die Ökosystemfunktion des Waldes zu stärken. Ebenso unterstütze er den im Konzept enthaltenen Aspekt der Kanalisierung des Wegenetzes und die Berücksichtigung der Barrierefreiheit. Sehr positiv sei das "Integrierte Leitsystem" zu bewerten, um sich im Wald orientieren zu können. Zudem werde hierbei aufgrund der großartigen Topographie der LHS Panoramablicke ermöglicht und Sichtbeziehungen herausgearbeitet. In Hinblick auf den hohen Nutzungsdruck und das daraus resultierende Spannungsfeld zu Ökosystemfunktion unterstützt der Stadtrat die Ausführungen von BM Thürnau, hierzu eine Haltung entwickeln zu müssen. Mountainbiking sei eine Trendsportart für die sich zahlreiche Menschen begeisterten. Hierzu bedürfe es eines Verhaltenskodexes im Wald und es müsse Rücksicht aufeinander genommen werden und Verantwortung für den Wald übernommen werden. Der Wald sei ein Almende (Gemeingut) für alle Menschen, von dem jeder profitieren könne und keiner das Recht der Übernutzung und somit der Schädigung habe. Die illegalen Trails müssten unterbunden werden. Dieses der Community zu vermitteln, sei entscheidend. Hierbei werde die Sozialkontrolle innerhalb der Mountainbikecommunity benötigt. Es müsse klargestellt werden, dass sich ein Großteil der

Community völlig korrekt verhalte. Allerdings müsse derjenige Teil der Community betrachtet werden, welcher sich nicht an die Regeln halte: Diese Gruppe suche den Adrenalinkick, sei rasch gelangweilt von den offiziellen Angeboten und wolle letztendlich einen Freifahrtschein für den Wald erhalten, um diesen Kick zu finden. Es könnten nicht dauerhaft Vollzugskräfte der Stadt im Wald stationiert werden, da dieses die LHS nicht leisten könne. Seine Fraktion stimme den Handlungsempfehlungen des Freizeitkonzepts zu. Die dargestellten finanziellen Budgets seien gering und es bestehe eine hohe zu erwartende Wirkung. Ebenso bestehe Zustimmung an einer kontinuierlichen Prozesssteuerung. Abschließend dankt StR Ozasek wie schon seine Vorredner*innen Frau Wagner und ihrem Team von Tour Konzept für die hervorragende Begleitung und den sehr guten Prozess.

Auf die Frage von StR Zaiß (FW), wer für Unfälle hafte, erklärt Frau Wagner, es werde zwischen walddatypischen und walddatypischen Gefahren unterschieden. Zudem bestünden verschiedene Konstrukte der Haftungsübertragung. Da in ihrem Team keine Rechtsexperten vorhanden seien, sei in der Konzeption lediglich ein Grobabriss erarbeitet worden. Dieser Aspekt müsse noch geklärt werden und hierfür sei bereits ein finanzielles Budget eingeplant. BM Thürnau ergänzt, die Verwaltung habe beispielsweise die Frage des Schlittschuhlaufens auf zugefrorenen Flächen rechtlich prüfen lassen. So beinhalteten die Schilder am Probstsee den Hinweis "Betreten der Eisfläche verboten." Einige Jahre zuvor sei auf diesen aufgeführt worden: "Betreten auf eigene Gefahr." Eine dort ansässige Bürgerinitiative habe vorgeschlagen, die derzeitigen Schilder zu entfernen und die frühere Regelung "Betreten auf eigene Gefahr" aufzuführen. Dadurch habe man erwartet, die Eisflächen betreten zu können und bei einem Unfall die Verantwortung den Schlittschuhfahrer*innen zu übertragen. Nach einer entsprechenden Prüfung durch die Verwaltung habe sich herausgestellt, dass diese Auffassung jedoch nicht mehr der aktuellen Rechtsprechung entspreche: Die Stadt als Betreiber des Sees stehe in der Haftung. Falls das Betreten des Sees mit dem Hinweis "Betreten auf eigene Gefahr" wieder zugelassen würde und eine Person auf dem Eis einbreche, stehe die Verwaltung haftungsrechtlich in der Verantwortung. Falls jedoch der Hinweis aufgeführt sei, "Betreten der Eisfläche verboten", befinde sich die Verwaltung auf der sicheren Seite. Selbst falls sich in diesem Fall Personen auf der Eisfläche befänden und die Verwaltung hierüber Kenntnis erlange, müsse sie handeln, da sie sich ansonsten wiederum in der Haftungsverpflichtung befinde. Es bestehe eine andere Alternative: Die Eisfläche könne freigegeben werden, aber in diesem Fall müsse regelmäßig kontrolliert werden, ob die Eiskecke über eine entsprechende Stärke von mindestens 15 cm verfüge. Dieses Beispiel zeige, dass sich die Stadt als Eigentümer stets in der Haftung befinde. Dies gelte für sie als Eigentümerin für die Verkehrssicherung von Bäumen oder für illegale Einbauten der Mountainbiker*innen im Wald. Falls eine Person zu Schaden komme und die Verwaltung über den Sachverhalt informiert sei, stehe sie haftungsrechtlich in der Verantwortung.

StR Zaiß erkundigt sich, wie eine Überprüfung der Vorgaben des Konzepts im Wald stattfinde. StR Ozasek habe zwar ausgeführt, es könnten nicht an jeder Stelle Ordnungs- und Überwachungskräfte positioniert werden, allerdings werde es eine bestimmte Zeitdauer erfordern, bis die Menschen aus eigener Motivation die Überwachung und Überprüfung übernehmen. Seiner Auffassung nach bestünden erhebliche Bedenken, so der Stadtrat, dass die Verhaltensregeln nicht eingehalten und ignoriert würden. Die entsprechende Akzeptanz müsse noch besser hergestellt werden - auf welche Art und Weise jedoch sei ihm noch nicht klar, betont der Stadtrat. Frau Wagner betont, eine Kontrolle im Wald könne aufgrund seiner Größe und der zahlreichen Besucher*innen

nicht erfolgen. Die Freizeitkonzeption könne nicht von einem Tag auf den anderen umgesetzt werden, sondern es werde ein sehr schleichender Prozess stattfinden, in dem sich peu à peu die Verhaltensweisen anpassen würden. Die Strategien zur Erreichung dieses Ziels seien in der Konzeption dargelegt worden. Bei einer Sperrung eines Trails werde dort punktuell eine Kontrolle durchgeführt.

Die Informationen in Bezug auf die Herkunft der Waldnutzer sei für die Planung des ÖPNV oder weiterer Parkplätze notwendig, so StR Köhler (AfD). Auf seine Frage, ob Daten über die Herkunft der Waldnutzer in der LHS vorlägen, betont Frau Wagner, dies sei nicht bekannt, da dieser Aspekt im Rahmen der Konzeption nicht bearbeitet worden sei. Es sei davon auszugehen, dass der Großteil der Waldbesucher*innen aus dem Stadtgebiet Stuttgart stammten. Zudem würden Personen aus den Nachbarkommunen einpendeln, um ihre Freizeit in den Stuttgarter Wäldern zu verbringen. Genaue Ergebnisse seien lediglich über eine Besucher*innenbefragung zu ermitteln. Ihr Team habe eine Besucherbefragung möglichst in diesem Jahr vor der Umsetzung des Freizeitkonzepts vorgeschlagen. Diese Befragung solle in den Folgejahren weitergeführt werden, um mögliche Erfolge feststellen zu können. BM Thürnaeu ergänzt, die Besucher*innen, die sich zu Fuß im Wald bewegten, kämen eher aus dem Stuttgarter Stadtgebiet. Er könne sich nicht vorstellen, dass ein Waldnutzer*in beispielsweise aus dem Remstal anreise, um im Stuttgart Wald spazieren zu gehen. Die Fahrradfahrer*innen verkehrten dagegen gebietsübergreifend. Da er selber im Stuttgarter Randgebiet im Stadtbezirk Plieningen wohne, könne er bewerten, woher die Fahrradfahrer stammten.

Der Bürgermeister kündigt eine verwaltungsinterne Abstimmung zwischen den Referaten SWU und T über die Themen Mountainbiking-Trails sowie Angebotslenkung einerseits durch Legalisierung und andererseits durch Kontrollen an. Nach der Sommerpause werde die Verwaltung das Thema in einer Sitzung des AKU erneut behandeln, um hierüber ein Meinungsbild des Gemeinderats zu erhalten. Die Verwaltung habe darüber Kenntnis, dass in den Umlandkommunen einige Trails legalisiert worden seien. Im Stadtgebiet des Stuttgarter Waldes befinde sich eine hohe Anzahl an Natur- und Landschaftsschutzgebietsausweisungen. Er könne sich nicht vorstellen, über zusätzliches Verwaltungspersonal die Mountainbiker*innen zu kontrollieren. Dieses Vorgehen sei allein schon deshalb nicht möglich, da die Mountainbikes über kein Kennzeichen verfügten und ein erzwungenes Absteigen zu einer unerwünschten Konfliktsituation im Wald führe. Schlussendlich gehe es um die Entwicklung eines Waldverständnisses der Stuttgarter Bürgerschaft. Die Shared Trails mit unterschiedlichen Nutzergruppen seien aus seiner Sicht zu begrüßen, so BM Thürnaeu. Er erlebe persönlich an einem schmalen Fußweg entlang der Körsch, dass einige Fahrradfahrer*innen anhielten oder klingelten, andere jedoch rücksichtslos mit schneller Geschwindigkeit vorbeiführen. Er äußert seinen Dank an die Teilnehmer*innen des langwierigen Prozesses der Konzepterstellung.

StR Currie schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen des AKU die Vertreter*innen einiger Anrainergemeinden oder Landkreise einzuladen. Beispielsweise grenze an den Stadtteil Uhlbach im Stadtbezirk Obertürkheim der Rems-Murr-Kreis an, in dem legale Mountainbikestrecken bestünden, während es in der LHS verboten sei. Diesem Vorschlag stimmt BM Thürnaeu zu, gibt jedoch bedenken, dass der Verwaltung die Mountainbike-Anschlussstrecken der Nachbarkommunen bekannt seien. Daher solle zunächst eine verwaltungsinterne Abstimmung stattfinden, um daraufhin eine gemeinsame Haltung der LHS zum Umgang mit Mountainbiking zu gewinnen. Danach könne mit den Nachbarkommunen in Kontakt getreten werden.

Auf die Bitte von StRin Munk eingehend, sagt Frau Dr. Kenntner (GFF) die Zusendung eines Links hinsichtlich der dargestellten Präsentation als Zusammenfassung des vielseitigen Projektberichts "Freizeitkonzept für den Stuttgart Wald" zu, was BM Thürnaeu bestätigt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Thürnaeu Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / th

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Mobil
Klimaschutz
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
SM
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
Amt für Sport und Bewegung (2)
 5. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (2)
 6. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand